

Nachhaltigkeit

Wie bereit ist die Kreditwirtschaft?

Nicht erst seit der „Fridays for Future“-Bewegung und der Klimaaktivistin Greta Thunberg sind die Themen Klimaerwärmung und Nachhaltigkeit in aller Munde. Allerdings darf man sich keineswegs sicher sein, ob man dabei auch immer vom Gleichen spricht. Denn die Frage, was genau Nachhaltigkeit ist, bleibt auch nach Erstauführung der EU-Taxonomie weiterhin spannend. Unstrittig ist: Die Klimaerwärmung zu begrenzen, ist eines der vorrangigen Ziele der Politik geworden, nicht zuletzt klar zu erkennen am Green Deal der EU. Dieser sieht einen Transformationsprozess des Wirtschaftssystems unter nachhaltigen Gesichtspunkten vor, bis 2050 verspricht er sogar Klimaneutralität.

Dabei spielt die Kreditwirtschaft als Hebel und Transformator eine entscheidende Rolle. Ihr kommen verschiedene Aufgaben zu. Einmal ist sie Emittent oder Arrangeur von grünen Anleihen. Und das mit zunehmendem Erfolg: 2019 stieg das jährliche Neuemissionsvolumen am globalen Green-Bond-Markt um über 50 Prozent auf fast 258 Milliarden US-Dollar. Dabei nimmt Europa eine Führungsrolle ein: So wurden hier im vergangenen Jahr Green Bonds im Wert von beinahe 117 Milliarden US-Dollar neu emittiert. In Deutschland wurden 2019 grüne Anleihen in einem Volumen von rund 19 Milliarden US-Dollar begeben. Damit lag die Bundesrepublik weltweit auf dem vierten Platz hinter den USA, China und Frankreich und auf dem zweiten Platz innerhalb Europas.

Obwohl die Bundesregierung sich das Ziel gesteckt hat, Deutschland zum führenden Standort für Sustainable Finance zu entwickeln, scheint sie in das deutsche Bankwesen wenig Vertrauen zu haben. So kündigte sie für die zweite Jahreshälfte 2020 an, neben einem konventionellen ein nachhaltiges Bundeswertpapier als Zwillinganleihe über die französische *Crédit Agricole* zu begeben. Dass Montrouge, ein Vorort von Paris, nicht in Deutschland liegt, dürfte dabei wenigen deutschen Banken entgangen sein. Eine Stärkung des Finanzstandortes Deutschland ist das sicher nicht.

Zum zweiten sind Banken und Sparkassen Anbieter von grünen Anlageprodukten. Da immer

mehr Investoren – vor allem institutionelle – mittlerweile ökologische, soziale und die Unternehmensführung betreffende Aspekte in ihre Anlageentscheidungen miteinbeziehen, boomt der Markt für nachhaltige Geldanlagen. Allein in Deutschland wurden im vergangenen Jahr rund 219 Milliarden Euro in diesem Segment investiert – ein Plus gegenüber dem Vorjahr von über 48 Milliarden Euro oder knapp 30 Prozent.

Bleibt der dritte Punkt, die Rolle der Finanzwirtschaft als Finanzierer. Es ist im ureigensten Interesse der Institute, unnötige Risiken zu vermeiden. Und vermutlich werden ressourcenschonende und sauberere Unternehmen mit Blick nach vorn die besseren, weil sichereren Kunden sein. Allerdings lassen sich Veränderungen in der Kreditnachfrage und Kreditvergabepraxis nur schwer nachvollziehen. Einen Anhaltspunkt bieten die Zahlen der Deutschen Bundesbank zu den Kreditbeständen in bestimmten Branchen: So betrug das Kreditvolumen Ende 2019 insgesamt rund 1,56 Billionen Euro. Davon entfielen mit knapp 804 Milliarden Euro der Großteil auf das Dienstleistungsgewerbe und nur knapp 147 Milliarden Euro auf das verarbeitende Gewerbe.

Überhaupt fällt auf, dass klassische deutsche Wirtschaftszweige wie der Maschinenbau (Anteil von 2,7 Prozent), die Chemische Industrie (0,9 Prozent), die Textilwirtschaft (0,2 Prozent) oder die Ernährungswirtschaft (1,1 Prozent) bei der Kreditvergabe kaum eine Rolle spielen. Signifikante Verschiebungen hat es rückblickend im Zeitraum seit 2007 in diesen Branchen nicht gegeben, diese liegen lediglich zwischen 0,1 bis 0,3 Prozent. Zumindest bei diesen eher ressourcenintensiven Branchen scheint die Debatte um das Thema Nachhaltigkeit noch keinen Einfluss auszuüben

Nach wie vor dominieren das Bau- und Wohnungswesen mit durchweg rund einem Drittel Marktanteil. Größter Kreditgeber sind unverändert die Sparkassen mit aktuell 40,7 Prozent aller ausgelegten Kredite, wobei die Genossenschaftsbanken ihren Anteil in diesem Segment zwischen 2007 und heute von 21,6 Prozent auf 34,6 Prozent erhöht haben. Unterstellt, dass immer mehr Geld in energetische Modernisierung und Green Building fließen, kommen die Banken und Sparkassen hier ihrer Steuerungsaufgabe nach. Auch an anderer Stelle scheint die Klimadiskussion zu fruchten: An das Kraft-



fahrzeuggewerbe werden stetig weniger Kredite ausgegeben. 2007 waren es noch 10,8 Prozent, 2019 kann die Branche nur noch gut 9 Prozent verzeichnen. Vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zogen sich in diesem Feld deutlich zurück.

Vermeintlich nachhaltige Branchen wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur kommen per Ende 2019 auf einen Anteil von 3,5 Prozent, Ende 2007 waren das nur rund 2,6 Prozent. In diesem Segment haben Regionalbanken und sonstige Kreditbanken um 0,6 Prozent sowie Landesbanken um 0,5 Prozent aufgestockt, die Sparkassen reduzierten ihren Anteil um ein Fünftel.

Anhand der Verschiebungen, die vor allem bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch zum Teil bei Landesbanken und Regionalbanken sowie sonstigen Kreditbanken zu erkennen sind, lässt sich die Vermutung anstellen, dass dort eine Bewegung zugunsten eines nachhaltigeren Wirtschaftssystems stattfindet. Die Großbanken hingegen bleiben bei der Verteilung ihrer Kredite auf einem recht konstanten Niveau. Gerade hier könnten allerdings Verschiebungen nachhaltige Effekte nach sich ziehen. Auf Worte Taten folgen zu lassen wäre jetzt das Gebot der Stunde. Natürlich ohne gute Kunden im Regen stehen zu lassen.

Konjunktur

Bundesbank-Gewinn zur rechten Zeit

Ach, was waren das noch für Zeiten, als handels- und geopolitische Konfliktherde oder der Brexit die Wirtschaftsnachrichten dominierten! Geradezu banal erscheinen diese Probleme angesichts der aktuellen Kapriolen infolge der voraussichtlich nicht mehr zu verhindernden Coronavirus-Pandemie. Wenngleich Panik nie ein guter Ratgeber ist, so stellt sich doch die Frage, was im Falle einer weiteren Verschärfung der Lage fiskal- und geldpolitisch getan werden sollte – und was nicht.

Geht es nach Bundesbankpräsident Jens Weidmann, so ist eines jedenfalls tunlichst zu vermeiden: geldpolitischer Aktionismus. Im Rahmen der Vorstellung des Geschäftsberichts der Deutschen Bundesbank Ende Februar bezeichnete er

das Coronavirus zwar als ein zusätzliches Risiko, das sich zum Teil auch materialisieren dürfte. Akuter Handlungsbedarf für die EZB lasse sich daraus aber nicht ableiten. Und tatsächlich scheint ein behutsames Vorgehen auch im Sinne von EZB-Präsidentin Christine Lagarde zu sein. Während ihr Vorgänger Mario Draghi vermutlich umgehend Fakten geschaffen und erst im Anschluss den EZB-Rat konsultiert hätte, war von Lagarde Anfang März lediglich ein zaghaftes Statement zu vernehmen, das grundsätzliche Handlungsbereitschaft signalisiert. Gut so, denn zum einen wäre es fahrlässig, ohne seriöse Datengrundlage den eben mühsam erreichten „Waffenstillstand“ im EZB-Rat erneut aufs Spiel zu setzen, und zum anderen ist der Nutzen jeder weiteren geldpolitischen Lockerung angesichts der vor allem auf der realwirtschaftlichen Angebotsseite zu verortenden Probleme mit großer Unsicherheit behaftet, siehe Fed.

Als deutlich wirksamer könnten sich im Vergleich dazu klug konstruierte Konjunkturpakete erweisen. Auch Weidmann machte keinen Hehl daraus, dass mehr denn je die Fiskalpolitik gefragt sei. Da kommt Bundesfinanzminister Olaf Scholz der erfreuliche Gewinnsprung bei der Deutschen Bundesbank sicher nicht ungelegen: Trotz eines leicht um 0,3 auf 4,6 Milliarden Euro gesunkenen Nettozinserspartrags, der im Wesentlichen auf die fälligkeitsbedingt geringeren Zinserträge aus dem Securities Markets Programme (SMP) zurückzuführen ist, erzielte die Zentralbank dank signifikanter Auflösungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bei den Wagnerrückstellungen mit 5,9 (2018: 2,4) Milliarden Euro ihren höchsten Bilanzgewinn seit 2008.

Gemäß dem Haushaltsplan 2020 sollen davon 2,5 Milliarden Euro zur Finanzierung des Bundeshaushalts dienen, der verbleibende Betrag ist für die Schuldentilgung vorgesehen. Ob man an diesem Plan allerdings tatsächlich wird festhalten können, bleibt abzuwarten. Angesichts der veritablen Herausforderungen erscheint es durchaus plausibel, dass zumindest ein Teil der restlichen 3,4 Milliarden Euro an anderer Stelle benötigt wird. Diesen Schluss legt auch das von der GroKo jüngst verabschiedete Hilfspaket nahe.

Die Zeiten kräftiger Haushaltsüberschüsse sind wohl erst einmal vorüber. Und auch mit Blick auf die Bundesbank darf man gespannt sein, ob die Überweisungen an den Bund in den kommenden Jahren noch einmal so üppig sein

werden wie 2019. Es bedarf aktuell wahrlich nicht allzu großer Fantasie, um etwa ein Szenario mit steigenden Ausfallrisiken und anschließendem Wertberichtigungsbedarf bei den Bundesbank-Wertpapierbeständen zu zeichnen.

Sparkassen I

Von Wunderwuzzis und schwarzer Zukunft

Der Präsident des hessischen Sparkassenverbandes ist durchaus dafür bekannt, eine klare Meinung zu haben und diese auch kundzutun. Mit Blick auf das abgelaufene Geschäftsjahr „seiner“ noch 49 Sparkassen in Hessen und Thüringen, aber vor allem auch mit dem Blick voraus auf die kommenden Monate und Jahre sind es vor allem fünf Themen die Gerhard Grandke umtreiben. Das ist zunächst die Rolle der EZB. Die Zentralbank müsse aufpassen, nicht zum ominösen Wunderwuzzi zu verkommen, so Grandke: „Sie soll stabile Preise gewährleisten. Sie soll die Kreditvergabe verbessern und die Wirtschaft ankurbeln. Sie soll die Banken beaufsichtigen und für Finanzstabilität sorgen. Sie soll über die Geldwäsche wachen und eine eigene digitale Währung entwickeln. Und natürlich soll sie auch noch den Klimawandel bekämpfen.“ Das sei nicht zu schaffen.

Stattdessen solle sich die EZB, wie im Mandat festgelegt, darauf konzentrieren, Preisstabilität zu gewährleisten. Dabei spricht sich Grandke klar dafür aus, endlich auch die Kosten des selbst genutzten Wohnens im Warenkorb zu erfassen. Würde das Mandat immer weiter gedehnt, so der Präsident, damit die EZB mehr fiskalpolitische Aufgaben übernehme, desto stärker bewege sie sich aus dem Bereich der Unabhängigkeit und desto stärker müsse man darüber diskutieren, sie demokratisch zu legitimieren und demokratisch zu überwachen.

Das zweite Thema sind die sich mehr und mehr abzeichnenden Grenzen der Geldpolitik. „Die Kriseninstrumente sind durch den langen Gebrauch stumpf geworden“, stellt Grandke fest und fordert mehr staatliche Investitionen. Sonst werde aus der schwarzen Null schnell eine schwarze Zukunft. Drittens die Rolle der EBA als Standardsetzer. Diese habe sich zu einer entfesselten Regulierungs- und Harmonisierungsmaschine entwickelt. Seit 2011 habe

die Behörde fast 240 technische Standards und Leitlinien veröffentlicht. Das Problem: Die EBA könne ohne einen spezifischen Auftrag des EU-Gesetzgebers Empfehlungen für die Aufsichtspraxis formulieren, die zwar nicht bindend seien, aber durch die getreue Umsetzung der nationalen Aufsichtsbehörden quasi bindende Wirkung entwickeln. So beschließe das EU-Parlament ausdrücklich eine Entlastung kleiner und mittlerer Institute, die aber durch die Hintertür, sprich die EBA via Level-3-Maßnahmen, konterkariert würden.

Die Finalisierung von Basel III schließlich stelle eine Gefahr für Kredit- und Realwirtschaft dar. Denn entgegen der Versprechungen führe sie zu einem signifikanten Anstieg der risikogewichteten Aktiva. Der SGVHT hat die Auswirkungen an einem mittelgroßen Institut durchgerechnet und kommt zu dem Ergebnis, dass die RWA nach dem überarbeiteten Standardansatz um rund 22 steigen würden, wodurch bei gleicher Kapitalausstattung die Kapitalquote um rund 3,5 Prozent sinken würde. Das kann so nicht gewollt sein, glaubt Grandke.

Und letztlich fünftens die Diskussionen um ein Zentralinstitut in der eigenen Familie. Diese seien grundsätzlich zu begrüßen und der SGVHT, mit knapp 70 Prozent größter Träger der Helaba, sei gesprächsbereit. Grandke betonte aber auch, es liege keine Notlage vor, jedes der beiden Institute habe auch eine positive eigenständige Zukunft, die er sich nicht kaputtreden lasse: „Wir können, aber wir müssen nicht.“ Sinn mache für den streitbaren Präsidenten nur eine Fusion. Um darüber diskutieren zu können, müsse zunächst das Zielbild einer solchen neuen Girozentrale formuliert werden. Sie solle allein den Sparkassen gehören und Primärinstitute – gleich ob Sparkassen, Versicherungen oder Wohnungsbauunternehmen – hätten in einer solchen Zentrale nichts zu suchen. Angesichts der Komplexität und der unterschiedlichen Vorstellungen ist der Ausgang der von DSGV-Präsident Schleweis angestoßen Diskussion wahrlich spannend.

In die Zukunft gehen die hessisch-thüringischen Sparkassen erneut gestärkt: Sowohl Kundeneinlagen als auch Kundenkredit legten spürbar zu. „Wir brauchen den Stimulus durch die Geldpolitik nicht, die Sparkassen kommen ihrem Auftrag nach“, so Grandke. Die Eigenmittel stiegen um 3,2 Prozent auf 13,2 Milliarden Euro. Brems Spuren zeigten sich im



Zinsüberschuss (minus 2,9 Prozent auf 2,1 Milliarden), was vom Provisionsüberschuss nicht aufgefangen werden konnten (plus 4,1 auf 806 Millionen Euro). Da auch der Sachaufwand aufgrund von Investitionen in die IT stieg, sank das Betriebsergebnis vor Bewertung um 7,1 Prozent auf rund 900 Millionen Euro. Dank ordentlichen Zuschreibungen auf die Wertpapierportfolios lag das Ergebnis nach Bewertung mit 928 Millionen Euro höher als das Ergebnis vor Bewertung und höher als der Vorjahreswert. Nach Steuern und Zuführung zu den Reserven verbleibt ein um rund ein Viertel höherer Jahresüberschuss. Wenn die Krise ist, dann mehr davon.

Sparkassen II

Steigender Ergebnisdruck in Bayern

Auch bei den bayerischen Sparkassen boomt das Kreditgeschäft und der Zufluss an Einlagen. Während die Privatkunden für 41,3 Prozent der Kredite stehen, kommen mit 140,0 Milliarden Euro 80 Prozent aller Einlagen aus dieser Gruppe. Insgesamt sind die Einlagen um 4,7 Prozent auf 175 Milliarden Euro gestiegen. Die Kundenkredite erhöhten sich ebenfalls um 4,7 Prozent auf 142,3 Milliarden Euro. Besonders stark wuchs die Kreditvergabe bei den Unternehmenskunden mit 5,9 Prozent auf 76,3 Milliarden Euro. Das Wachstumstempo des Bestandes hat sich damit weiter erhöht. Allerdings, und das könnte ein erster Hinweis auf eine Verlangsamung sein, sinkt das Wachstumstempo der Darlehensneuzusagen an Unternehmen seit 2017 (9,1 Prozent) kontinuierlich. 2019 erhöhten sich die Neuzusagen „nur“ noch um 4,5 Prozent.

Der Verbandspräsident Dr. Ulrich Netzer warnte, dass die Kreditvergabe künftig vor allem von zwei Faktoren weiter ausgebremst werden könnte. Nachhaltigkeit sei mitten in der Gesellschaft angekommen. Das sei auch richtig und notwendig, wie er betont. Wenn aber nun in der europäischen Diskussion Sustainable Finance und in der Umsetzung bereits durch die BaFin in entsprechenden Briefen und Schreiben die Finanzindustrie dazu benutzt werde, auch andere Aspekte als Risikoaspekte bei der Kreditvergabe zu berücksichtigen und damit allgemeine politische Ziele über die Finanzwirtschaft

in der Realwirtschaft durchzusetzen, dann würden die Sphären miteinander vermischt, die nicht zusammengehören. Netzer glaubt, dass es dadurch in Zukunft schwieriger für die Kreditvergabe werden könnte.

Der zweite Punkt, der ihm Sorgen bereitet, ist die Finalisierung von Basel III. Die European Banking Authority (EBA) rechnet demnach damit, dass die Mindestkapitalanforderungen bei den europäischen Banken um 24 Prozent steigen werden. Damit die Kreditvergabe nicht dadurch sinkt, müssten die Banken das Eigenkapital aufstocken. Doch das ist nicht so leicht für Sparkassen. Dort geht das nur über Gewinnthesaurierung. Doch dass diese trotz steigender Volumina nicht so einfach ist und vor allem immer schwieriger wird, haben die Zahlen der bayerischen Sparkassen belegt.

Der Zinsüberschuss der bayerischen Sparkassen sank 2019 um 1,7 Prozent auf 3,25 Milliarden Euro. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme ist der Zinsüberschuss bereits zum achten Mal in Folge gesunken. Nicht nur dass die zusätzlichen Zinseinnahmen aufgrund des negativen Einlagezinssatzes quasi gleich wieder verdampften, die Sparkassen hatten zudem mit steigenden Verwaltungskosten zu kämpfen, sowohl beim Personalaufwand – trotz Reduzierung des Personalbestands – als auch beim Sachaufwand, hier vor allem durch regulierungsbedingte IT-Investitionen. Das Betriebsergebnis vor Bewertung sank dementsprechend um 3 Prozent auf 1,62 Milliarden Euro. Die Cost Income Ratio verschlechterte sich von 64,3 auf 65,5 Prozent.

Hoffnung machte hingegen das Provisionsgeschäft. Der betreffende Überschuss kletterte um 6,2 Prozent gegenüber 2018. Ein Jahr zuvor wuchs der Überschuss nur mit 2,9 Prozent. Das Wachstum zog also wieder an. Aber zumindest im Wertpapiergeschäft könnte der Kampf gegen sinkende Gewinne für die Sparkassen in diesem Jahr schwierig werden, da der Corona-Crash wieder viele eher risikoscheue Neuanleger vom Markt vertrieben haben dürfte.

Die Sparkassen kämpfen gegen steigende Kosten und Nullzinsen. Bislang konnte das wenigstens zum Teil durch das Provisionsgeschäft und Kreditneugeschäft aufgefangen werden. Aber auch hier könnte der Gegenwind intensiver werden. Den – nicht nur bayerischen – Sparkassen dürften harte Zeiten bevorstehen.